

Drei Beschlüsse des Grazer deutschen Journalistenvereines.

(Belegblatt der „Neuen Freien Presse“.)

Graz, 1. November.

Der Grazer deutsche Journalistenverein „Concordia“ hat heute in einer außerordentlichen Vollversammlung einstimmig drei Resolutionen angenommen, die sich gegen die Handhabung der Zensur, gegen die geplante Erhöhung der Zeitungspostgebühren und gegen die Vertrustung von Zeitungsunternehmen wenden.

Gegen die Zensur.

Die Entschliebung gegen die Handhabung der Zensur verweist auf die schwere Schädigung, die die gesamte Oeffentlichkeit durch die Unterdrückung der dringend notwendigen Besprechung der Lebensmittelversorgung erleidet, auf die Schädigung des öffentlichen Lebens und des Staates durch den Mangel einer gesunden Kritik auf innerpolitischen Gebieten, und auf den schädlichen Einfluß, den dieser Zustand auf die Wertung der Großtaten der verbündeten Armeen im Auslande ausübt. Gleich den entsprechenden Vereinigungen in Deutschland und gemäß den Zusagen des deutschen Reichskanzlers verlangt die österreichische Presse eine von Vernunft und Klarheit geleitete Handhabung der Militärzensur, die Freigabe aller innerpolitischen Probleme zur würdigen Besprechung. Die Grazer „Concordia“ betont, daß die Freiheit der Presse ihrer Auffassung nach nicht eine Freiheit der Presseleute, sondern ein unverletzliches verfassungsmäßiges Volksrecht ist, das eines der höchsten Güter eines freien Volkes und freien Staates bedeutet. Die Grazer „Concordia“ und mit ihr die gesamte Bevölkerung erwarten vom neuen Ministerpräsidenten einen gründlichen Wandel in der bisherigen zweckwidrigen und schädlichen Handhabung der Zensur, zum Wohle des Staates und seiner Völker.

Gegen die Erhöhung der Zeitungspostgebühren.

Die zweite Entschliebung wendet sich gegen die Erhöhung der Zeitungspostgebühren; es heißt darin: Die Zeitungsherausgeber haben sich nur unter dem Druck der Verhältnisse, und zwar unter dem Druck der ungeheuren Preissteigerung des Zeitungspapiers und aller Bedarfsartikel zur Herstellung der Zeitungen in der ganzen Monarchie zur Erhöhung des Bezugspreises entschlossen. Sie wollen eine weitere Erhöhung unter allen Umständen vermeiden wissen, weil sie der Ansicht sind, daß das geistige Leben der Bevölkerung nicht auch der allgemeinen Preistreiberei zum Opfer fallen soll. Sie nehmen daher gegen die Maßnahmen Stellung, die von der Regierung ausgehen und eine solche unbedingt zu vermeidende Preiserhöhung zur Folge haben müßten, die ebenso die gesamte Oeffentlichkeit und den Staat wie die Zeitungen selbst schwer schädigen müßten. Die neuerhöhten Ausgaben für den Versand würden daher voll und ganz die Zeitungen belasten und in dieser Zeit, in der die Presse infolge der von Monat zu Monat höher werdenden Herstellungskosten und des Rückganges der Einnahmen aus dem Inseratenteile einen harten Daseinskampf zu führen hat, würde eine neue Belastung von den stärksten Folgen sein. Sowohl die Regierung wie die gesamte Oeffentlichkeit ist aber in dieser Kriegszeit an dem Bestehen und dem Gedeihen der Tagespresse ganz besonders interessiert. Ein bedeutender Rückgang von periodischen Druckschriften kann jetzt, da die Zeitungen oft das einzige Sprachrohr für die Behörden und die Kriegsfürsorgestellen sind und da das Zeitunglesen dem Volke zur Pflicht gemacht wird, nicht im Interesse der Regierung liegen. Die Regierung möge bedenken, daß im Falle einer bleibenden Belastung durch die Erhöhung der Postgebühren den Zeitungen keine andere Wahl bleibt, als den Textumfang der Blätter auf Kosten der vielen und langen Zuschriften der Behörden und Kriegsfürsorgeämter zu verringern. Wenn aber die Presse in diese Zwangslage versetzt wird, dann müssen die amtlichen Bekanntmachungen in den Inseratenteil verwiesen werden, und den Behörden und den Kriegsfürsorgeämtern werden Kosten erwachsen, die

sie bisher nicht zu tragen hatten und die sicher eine zehnfach höhere Summe ausmachen als die neuen Einnahmen aus den erhöhten Zeitungspostgebühren. Die österreichische Presse hat in diesem Kriege nach dem Zeugnisse der maßgebenden höchsten Stellen solche Beweise ihrer uneigennütigen Hingabe für die Gesamtheit und das Vaterland gegeben, daß wir nicht glauben können, daß jetzt im Kriege von der Regierung Maßnahmen getroffen werden, um das Leben der Presse noch mehr zu erschweren.

Gegen die Vertrustung von Zeitungen.

Die Entschliebung, welche gegen die Vertrustung von Zeitungen angenommen wurde, lautet: Die heutige außerordentliche Vollversammlung der Grazer „Concordia“ macht die Regierung auf die Bestrebungen, die österreichische Presse zu vertrusten, aufmerksam und verweist auf die damit verbundene Gefahr

einer einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung und die dadurch naturnotwendig eintretende Beeinträchtigung der staatlichen Interessen. Eine freie unabhängige Presse ist eine Vorbedingung einer freien und unabhängigen Regierung. Daß die eingangs geschilderte Gefahr besteht, wird durch die allgemein bekannte Tatsache erhärtet, daß der Gouverneur der Bodenkreditanstalt Geheimer Rat Sieghart, der über einen großen Teil der Wiener Presse heute schon als Eigentümer gebietet, nun auch Böhmen, Salzburg und Tirol seinem Konzern anzuschließen im Begriffe ist. Soll dieser Vorgang nicht zu einer schweren staatlichen Gefahr werden, so muß rechtzeitig die Beteiligung der Banken an Zeitungsunternehmen hintangehalten werden. Die Grazer „Concordia“ richtet daher die Aufforderung sowohl an die neue Regierung wie an die Parteien ohne Unterschied, für die eine freie und unabhängige Presse ebenfalls von größtem Werte sein muß, dem Treiben ein für allemal ein Ende zu machen.

Die Versammlung beschloß, daß alle diese drei Entschliebungen dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern, dem Handels- und Finanzminister in persönlicher Vorsprache überreicht werden sollen.